

18/2022 24. NOVEMBER

- 2 **Energiekosten** Gaspreisbremse richtig justieren
- 3 **Inflation** Wer die Teuerung am stärksten spürt
- 4 **Verteilung** Arm und ausgeschlossen
- 6 **Energieversorgung** Mehr grüner Wasserstoff nötig
- 7 **Ausbildung** Ungenutzte Talente

## WEIHNACHTSGELD

# „Für viele so wichtig wie nie zuvor“

Gut die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland bekommt eine Extrazahlung zu Weihnachten. Besonders gut stehen die Chancen in tarifgebundenen Betrieben.

79 Prozent aller Tarifbeschäftigten bekommen Weihnachtsgeld, Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifvertrag nur zu 42 Prozent. Insgesamt erhalten 54 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland Weihnachtsgeld. Dies geht aus einer Auswertung des WSI-Internetportals Lohnspiegel.de hervor. Die Daten beruhen auf einer Online-Befragung, an der sich zwischen Anfang November 2021 und Ende Oktober 2022 mehr als 63 000 Beschäftigte beteiligt haben.

„Angesichts historisch hoher Inflationsraten ist für viele Beschäftigte das Weihnachtsgeld so wichtig wie nie zuvor“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. „Es schafft zumindest kurzfristig einen Puffer, um auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten reagieren zu können. Umso problematischer ist es, dass vor allem Beschäftigte mit geringeren Einkommen, die eher in tariflosen Unternehmen arbeiten, deutlich seltener von einer Jahressonderzahlung profitieren. Gerade in Krisenzeiten erweisen sich Tarifverträge damit einmal mehr als wichtiger Garant zur Stabilisierung von Einkommen.“

Neben der Tarifbindung lassen sich eine Reihe weiterer Merkmale identifizieren, die die Chancen auf Weihnachtsgeld erhöhen: Beschäftigte in Westdeutschland bekommen häufiger Weihnachtsgeld, was auch damit zusammenhängt, dass die Tarifbindung hier höher ist als in Ostdeutschland. Vollzeitbeschäftigte bekommen eher eine Sonderzahlung als Teil-

zeitkräfte, ein unbefristeter Arbeitsvertrag erhöht die Chance ebenfalls. Männer profitieren ein wenig häufiger als Frauen.

### Große Unterschiede bei der Höhe

In den meisten großen Tarifbranchen existieren gültige tarifvertragliche Bestimmungen zum Weihnachtsgeld oder einer ähnlichen Sonderzahlung, die zum Jahresende fällig wird. Dies zeigt eine aktuelle Analyse des WSI-Tarifarchivs von 24 großen Branchen. Die Höhe der tarifvertraglich vereinbarten Sonderzahlung schwankt dabei erheblich: Bei den mittleren Entgeltgruppen reicht sie von 250 Euro in der Landwirtschaft bis zu 3715 Euro in der chemischen Industrie.

Zwischen den ost- und westdeutschen Tarifgebieten bestehen in einigen Branchen nach wie vor erhebliche Unterschiede. Ein annähernd gleich hohes Weihnachtsgeld wird im Bank- und Versicherungsgewerbe, in der Eisen- und Stahlindustrie, bei der Deutschen Bahn, in der Süßwarenindustrie, der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie, dem Kfz-Gewerbe und der Landwirtschaft gezahlt.

In anderen Branchen beträgt die Ost-West-Differenz mehrere hundert Euro, in Einzelfällen wie dem Bauhauptgewerbe sogar über tausend Euro.

Nur wenige Branchen haben beim Weihnachtsgeld einen Pauschalbetrag festgelegt. In den meisten Fällen wird es hingegen als fester Prozentsatz vom Monatsentgelt berechnet. >>>

### Alle Jahre wieder

Weihnachtsgeld bekommen von den Beschäftigten ...



Quelle: WSI 2022

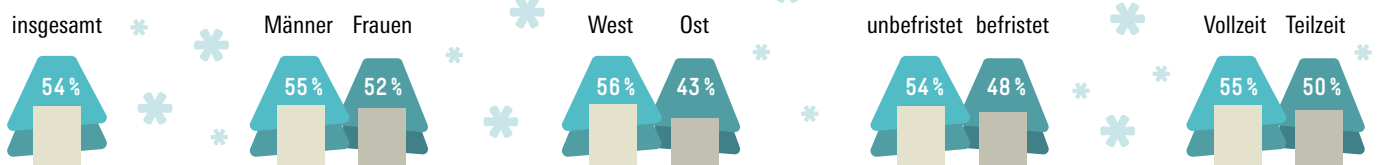
Ein klassisches 13. Monatsentgelt im Sinne einer Sonderzahlung von 100 Prozent erhalten die Beschäftigten in der chemischen Industrie, Teilen der Energiewirtschaft, in der Süßwarenindustrie, bei der Deutschen Bahn, im Bankgewerbe sowie in einzelnen westdeutschen Tarifregionen der Textilindustrie und dem privaten Transport- und Verkehrsgewerbe. In der Eisen- und Stahlindustrie werden sogar 110 Prozent eines Monatsentgeltes gezahlt, wobei hier Weihnachts- und Urlaubsgeld zu einer Jahressonderzahlung zusammengelegt wurden.

Mit 95 Prozent liegt das Weihnachtsgeld in der Druckindustrie und in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie leicht unterhalb eines vollen 13. Monatsentgeltes. Im Versicherungsgewerbe werden 80 Prozent eines Monatsgehalts gezahlt, im Einzelhandel in den westdeutschen Ta-

rifbereichen meist 62,5 Prozent, in den Tarifgebieten der westdeutschen Metallindustrie überwiegend zwischen 25 und 55 Prozent und im Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern 50 Prozent. Im öffentlichen Dienst, auf der Ebene der Gemeinden, beträgt die Jahressonderzahlung, die an die Stelle des früher üblichen Weihnachts- und Urlaubsgeldes getreten ist, je nach Vergütungsgruppe zwischen 52 und 85 Prozent.

Unter den großen Wirtschaftszweigen sind Tarifbranchen ohne Weihnachtsgeld oder eine vergleichbare Sonderzahlung die Ausnahme. Nach wie vor kein Weihnachtsgeld gibt es im Gebäudereinigungshandwerk, wo für die Jahre 2021 bis 2023 allerdings erstmals ein „Weihnachtsbonus“ vereinbart wurde. Keine Sonderzahlung zum Jahresende gibt es im ostdeutschen Bewachungsgewerbe. <

Weihnachtsgeld bekommen von den Beschäftigten ...



Quelle: WSI 2022

Hans Bockler  
Stiftung

## ENERGIEKOSTEN

# Gaspreisbremse richtig justieren

Die Möglichkeiten zum Handel mit subventioniertem Gas sollten für Unternehmen begrenzt werden.

Die Gaspreiskommission hat sehr gute Vorschläge gemacht, um die Konjunktur in Deutschland zu stützen, die Inflation zu dämpfen und Anreize zum Energiesparen zu setzen. Das sagen Sebastian Dullien und Jan-Erik Thie vom IMK in einer Kurzstudie, die sie gemeinsam mit der Ökonomin Isabella Weber, Mitglied der Kommission, verfasst haben. Ein Detail der vorgeschlagenen Gaspreisbremse ist aus Sicht der Forschenden allerdings problematisch, nämlich die Regelung, dass Unternehmen ihr gesamtes subventioniertes Gaskontingent „am Markt verwerten“ dürfen. Einige von ihnen könnten auf die Idee kommen, ihre Produktion herunterzufahren, weil sie mit dem Weiterverkauf des subventionierten Gases kurzfristig höhere Gewinne erzielen als mit ihrem üblichen Geschäft.

Vor allem im energieintensiven Bereich am Anfang der Wertschöpfungskette sei solch ein Szenario denkbar, „da hier ein Verkauf des subventionierten Gases zu derzeit hohen Marktpreisen schnell profitabler sein kann, als das Gas in der eigenen Produktion einzusetzen“. Die Subvention könnte so zu einer „Winterschlafprämie“ werden, die Produktionsstilllegungen fördert. Es drohten nicht nur starke Produktionsrückgänge in den energieintensiven Branchen, sondern auch weitreichende Kaskadeneffekte. Wie schon in der Coronakrise, als das Fehlen einzelner Autoteile zum

Stillstand ganzer Produktionslinien führte, kann ein Ausfall von Vorprodukten Auswirkungen entlang der Lieferketten haben, so Dullien, Thie und Weber. Die könnten insbesondere bei massiven Produktionseinschränkungen in der chemischen Industrie gravierend sein, befürchten die Forschenden. Denn chemische Produkte sind oft sogenannte Kuppelprodukte: Wenn eine Produktionsanlage stillgelegt wird, fehlen in anderen Betrieben notwendige Chemikalien, die in den Ursprungsprozessen häufig nur als Neben- oder gar Abfallprodukte anfallen und denen die Hersteller nicht viel Beachtung schenken.

Um solche Probleme zu vermeiden, schlagen Dullien, Thie und Weber eine Korrektur vor: Grundsätzlich sollten Unternehmen nur Gas subventioniert bekommen, das sie auch wirklich in der Produktion einsetzen. Falls aber eine – aktuell eher unwahrscheinliche – Extremsituation eintritt, in der das Gas in Deutschland wirklich nicht mehr für alle Betriebe und Haushalte reichen würde, könnte beispielsweise die Bundesnetzagentur Unternehmen gezielt Gas zu einem höheren Preis abkaufen, wenn diese zeitweilig ihre Produktion drosseln, ohne dabei elementare Lieferketten zu gefährden. <

Quelle: Sebastian Dullien, Jan-Erik Thie, Isabella Weber:  
Gaspreisbremse für Industrie: Gezieltes Sparen besser als „Winterschlafprämie“,  
IMK-Kommentar Nr. 9, November 2022

# Wer die Teuerung am stärksten spürt

Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln treffen Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen stärker. Die höchste Belastung tragen ärmere Familien.

Die Inflationsrate in Deutschland hat die Marke von zehn Prozent überschritten – das ist der höchste Stand seit Herbst 1951. Die wichtigsten Gründe für den Anstieg sind Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln infolge des Ukrainekriegs. Doch die Teuerung trifft nicht alle gleich: Am stärksten leiden Familien mit geringen Einkommen, alleinlebende Besserverdienende sind weniger stark betroffen. Das zeigt der aktuelle IMK-Inflationsmonitor, der monatlich Teuerungsraten für neun repräsentative Haushaltstypen liefert.

„Die kriegsbedingten Preissprünge bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren weiterhin das Inflationsgeschehen. Wie in den Vormonaten belasten sie die Haushalte mit geringeren Einkommen besonders stark“, schreiben Silke Tober und Lukas Endres vom IMK. So schlugen allein Haushaltsenergie und Lebensmittel bei Familien mit zwei Kindern und niedrigem Einkommen im Oktober mit 7,7 Prozentpunkten auf die haushaltsspezifische Inflationsrate von 11,8 Prozent durch, bei einkommensschwachen Alleinlebenden machten sie sogar 8,5 Prozentpunkte der Teuerung in Höhe von 11,4 Prozent aus. Bei einkommensstarken Alleinlebenden entfielen darauf lediglich 3,5 Prozentpunkte von

insgesamt 8,4 Prozent. Bei diesen Haushalten sorgten die im Vorjahresvergleich ebenfalls erheblichen Preisanstiege bei Reisen, Restaurants oder Wohnungsinstandhaltung für höhere Ausgaben. Erheblich von den Preissprüngen bei Lebensmitteln und Haushaltsenergie betroffen waren auch Familien mit mittleren Einkommen, bei denen diese 5,7 Prozentpunkte der Teuerungsrate von 10,6 Prozent ausmachten. Zusätzlich schlugen gerade bei Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen sowie bei Alleinerziehenden die höheren Kosten für Kraftstoffe zu Buche, auch wenn sich der Anstieg hier insgesamt abgeschwächt hat.

Viele der von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen mildern laut Tober und Endres die Ungleichheit. Die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, die Erwerbstätige im September erhalten haben und die im Dezember an

Menschen im Ruhestand und andere zuvor nicht berücksichtigte Gruppen gezahlt wird, komme insbesondere Haushalten mit niedrigerem Einkommen zugute – schließlich müssen nur wohlhabendere Haushalte die Zulage versteuern. Dasselbe gelte für Kinderbonus und Kindersofortzuschlag.

Die beschlossene Gaspreisbremse sei ebenfalls ein guter Ansatz, denn sie begrenze den Anstieg der Erdgaspreise für die Haushalte auf das Doppelte des Niveaus vor dem Ukrainekrieg – während sonst eine Vervierfachung erwartbar ge-

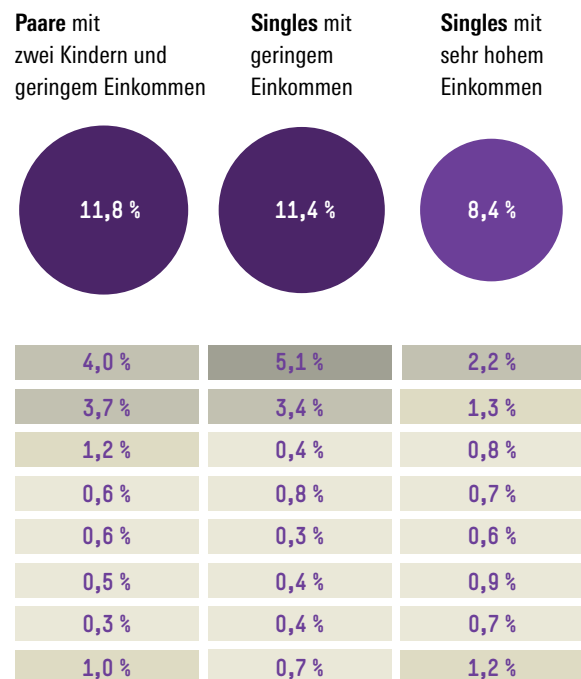
## Höchste Belastung für Geringverdienende

Die haushaltsspezifische **Inflationsrate** betrug im **Oktober 2022** für ...

Sie setzte sich zusammen aus Preissteigerungen bei ...

- Haushaltsenergie
- Nahrungsmitteln, Getränken, Tabak
- Kraft- und Schmierstoffen
- Miete, Nebenkosten, Instandhaltung
- Verkehr ohne Kraftstoffe
- Freizeit und Kultur
- Gastgewerbe
- übrigem Konsum

Quelle: IMK 2022



Hans Böckler Stiftung

wesen wäre. Der Teuerungsdruck für Haushalte, die mit Gas heizen, sei nun ähnlich wie bei Haushalten mit Ölheizung. Auch die Übernahme einer Abschlagszahlung durch den Staat im Dezember stelle „eine erhebliche Entlastung“ dar, die helfe, die Zeit zu überbrücken, bis die Gaspreisbremse greift. Tober und Endres erinnern aber auch daran, dass die Gaspreiskommission die Bundesregierung beauftragt hat, eine Obergrenze der Entlastung zu prüfen. Dadurch ließe sich vermeiden, dass wohlhabende Haushalte mit großer Wohnfläche und hohem Gasverbrauch besonders hohe monatliche Entlastungen erhalten. Immerhin hätten gerade wohlhabende Haushalte erhebliches Potenzial, ihre Belastung durch Energiesparen zu reduzieren. <

Quelle: Lukas Endres, Silke Tober: IMK Inflationsmonitor – Inflationsspanne zwischen Arm und Reich verhartet im Oktober 2022 auf hohem Niveau, IMK Policy Brief Nr. 138, November 2022

# Arm und ausgeschlossen

Schon in wirtschaftlich stabilen Zeiten ist die Ungleichheit in Deutschland gestiegen. Die aktuelle Krise dürfte das Problem verschärfen.

Die Armut in Deutschland hat in der vergangenen Dekade deutlich zugenommen – obwohl es für die Wirtschaft in dieser Zeit insgesamt bergauf ging. Der finanzielle Rückstand von Haushalten unter der Armutsgrenze gegenüber Durchschnittsverdienenden ist zwischen 2010 und 2019 um ein Drittel gewachsen. Auch die Ungleichheit der Einkommen hat, gemessen am Gini-Koeffizienten, schon vor Beginn der Coronakrise einen neuen Höchststand erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Verteilungsbericht des WSI.

Die Studie zeigt, wie stark dauerhafte Armut in Deutschland die gesellschaftliche Teilhabe einschränkt: Arme müssen deutlich häufiger auf Güter des alltäglichen Lebens verzichten, sie haben weniger Geld zum Heizen, leben in kleineren Wohnungen. Sie sind weniger gesund, haben geringere Bildungschancen und sind mit ihrem Leben insgesamt unzufriedener. Das nährt bei vielen Betroffenen Zweifel am politischen System: Lediglich rund zwei Drittel der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, halten die Demokratie für die beste Staatsform. „Armut und soziale Polarisierung können die Grundfesten unseres demokratischen Miteinanders ins Wanken bringen“, sagt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Mehr und wirksames politisches Engagement gegen Armut ist also nicht nur notwendig, um den direkt Betroffenen zu helfen, sondern auch, um die Gesellschaft zusammenzuhalten. Das gilt umso mehr, da in Zeiten von hoher Inflation sozialer Abstieg auch Menschen droht, die sich während des vergangenen Jahrzehnts darum wenig Sorgen machen mussten. Es ist deshalb gut, dass das Bürgergeld jetzt schnell kommt. Es ist allerdings bedauerlich, dass sich der Vorschlag einer Vertrauenszeit, die das Vertrauen in staatliche Institutionen vermutlich gestärkt hätte, nicht durchsetzen konnte.“

Im Verteilungsbericht werten die WSI-Expertinnen Dorothee Spannagel und Aline Zucco die aktuellsten vorliegenden Daten aus zwei repräsentativen Befragungen aus: erstens aus dem sozio-oekonomischen-Panel (SOEP), für das rund 16 000 Haushalte jedes Jahr interviewt werden und das aktuell bis 2019 reicht. Zweitens aus der Lebenslagenuntersuchung der Hans-Böckler-Stiftung, für die 2020 und 2021 gut 4000 Menschen befragt wurden. Hinzu kommen Daten aus einer Repräsentativbefragung, die das IMK im August 2022 zur Inflationsbelastung durchgeführt hat. Als arm betrachten die Forscherinnen gemäß der üblichen wissenschaftlichen Definition Menschen, deren bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt.

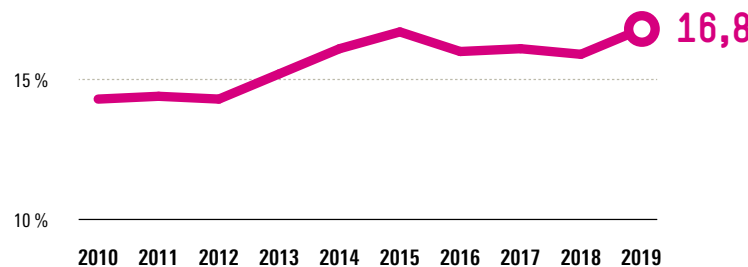
► **Armut ist schon vor Corona deutlich gewachsen**

„Im Jahr 2019 waren so viele Menschen in Deutschland von Armut betroffen wie nie zuvor“, konstatieren Spannagel und Zucco. Während der 2010er-Jahre – einem Zeitraum mit generell guter Wirtschaftsentwicklung und sinkender Arbeitslosigkeit, in dem auch die mittleren Einkommen

spürbar zunahmen – stieg die Armutsquote laut SOEP mit einigen zwischenzeitlichen Schwankungen von 14,3 Prozent auf 16,8 Prozent. Die Quote der sehr armen Menschen, die weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hatten, stieg im gleichen Zeitraum von 7,9 auf 11,1 Prozent. Deutlich größer wurde auch die Armutslücke – so bezeichnet man den Betrag, der einem durchschnittlichen armen Haushalt fehlt, um rechnerisch über die Armutsgrenze von 60 Prozent zu kommen. 2010 betrug der Rückstand aufs Jahr gerechnet 2968 Euro und sank inflationsbereinigt bis 2013 leicht, um dann sehr schnell auf 3912 Euro im Jahr 2019 anzuwachsen, dem letzten vor dem wirtschaftlichen Einbruch durch die Corona-Pandemie. „Hier zeigt sich,

## Armut gefährdet Demokratie und Rechtsstaat

Die Armutsquote\* in Deutschland betrug ...



\*Personen in Haushalten mit Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians; Quelle: WSI 2022

dass die armen Haushalte vom Aufschwung nicht profitieren konnten, sondern den Anschluss verlieren“, schreiben Spannagel und Zucco.

► **Ungleichheit der Einkommen auf Höchststand**

Das spiegelt sich auch im sogenannten Gini-Koeffizienten wider, der ausweist, wie ungleich die Einkommen verteilt sind. Auch dieser Wert zeigte im Laufe der 2010er-Jahre einige Schwankungen. Er ging in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts moderat nach unten, erreichte dann aber 2019 mit 0,296 einen neuen Höchststand. 2010 hatte er noch bei 0,283 gelegen. Der vermeintlich kleine Anstieg ist durchaus bedeutsam. Selbst in den Jahren der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 2000er-Jahre habe der Gini-Koeffizient nicht höher gelegen, betonen die Wissenschaftlerinnen.

► **Kein Geld für Heizung und Kleidung**

Auch in einem reichen Land wie der Bundesrepublik und in wirtschaftlich recht stabilen Zeiten ist Armut nicht selten mit alltäglichen Entbehrungen verbunden: Schon vor dem aktuellen Anstieg der Preise konnten es sich gut 14 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze nicht leisten, neue Kleidung zu kaufen. Immerhin 5 Prozent fehlten schon vor



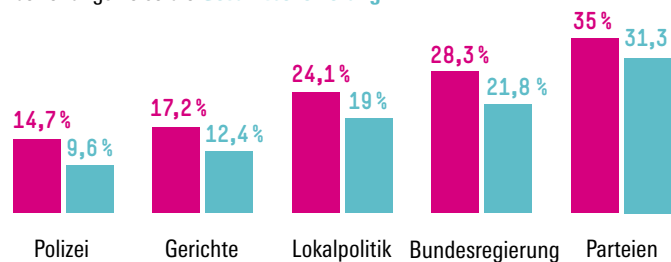
der Energiekrise die Mittel, um ihre Wohnung angemessen zu heizen, gut 3 Prozent verfügten nicht einmal über zwei Paar Straßenschuhe.

### ► **Schlechtere Gesundheit, größere Unzufriedenheit**

Lebenszufriedenheit, Qualität der Gesundheit, Bildung und Qualifikationen sind unter der armen Bevölkerung niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt, ebenso das Vertrauen in staatliche Institutionen von der Bundesregierung bis zu Polizei und Gerichten. In der Böckler-Lebenslagenbefragung stimmten lediglich 59 Prozent der Armen der Einschätzung zu, dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen gut funktioniert, nur 68 Prozent hielten sie für die beste Staatsform – 11 beziehungsweise 14 Prozentpunkte weniger als in der Gesamtbevölkerung.

Die Frage, ob Armut und Ungleichheit nach 2019 weiter zugenommen haben, lässt sich auf Basis des Berichts nicht beantworten. Auch aktuellere Zahlen bis zum Jahr 2021 zeichnen kein eindeutiges Bild: So zeigen vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Daten einen leichten Rückgang der Armutsquote zwischen 2020 und 2021 an. Dagegen weist der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsver-

Geringes Vertrauen haben **Arme\***  
beziehungsweise die **Gesamtbevölkerung** in ...



Hans Böckler  
Stiftung

bands für 2021 einen neuen Höchststand aus. Aktuell sei angesichts von enormen Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln, die Haushalte mit niedrigeren Einkommen stärker treffen, eine weitere wirtschaftliche Polarisierung sehr plausibel, erklären die WSI-Expertinnen. Das legen auch aktuelle Befunde aus der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung und der IMK-Inflationsumfrage nahe. Im August gaben beispielsweise mehr als zwei Drittel der Befragten mit Haushaltseinkommen unter 2000 Euro netto im Monat an, sich bei Ausgaben für Bekleidung oder Schuhe einschränken zu wollen – wohlgerneht gegenüber einem schon vorher relativ geringen Niveau. Knapp 35 Prozent wollten sich sogar beim Kauf von Lebensmitteln einschränken. In der nächsthöheren Einkommensgruppe bis 3500 Euro Haushaltsnettoeinkommen lagen die Anteile mit gut 61 beziehungsweise knapp 32 Prozent auch nicht viel niedriger und auch darüber war die Neigung zu Einschränkungen erheblich. Der Spardruck reicht also deutlich in die Mittelschicht hinein.

Um Armut nachhaltig zu bekämpfen, sind laut Spannagel und Zucco – jenseits von Entlastungen in der akuten Krise – vor allem fünf Maßnahmen nötig:

### ► **Tarifbindung stärken**

In tarifgebundenen Betrieben sind die Löhne höher, auch und gerade am unteren Ende der Einkommensverteilung. Daher profitierten Geringverdienende direkt von einer Bezahlung nach Tarif, so die WSI-Forscherinnen. Um die seit Jahren fortschreitende Erosion der Tarifbindung umzukehren, sollten Allgemeinverbindlicherklärungen erleichtert und Tarifreuevorgaben bei öffentlichen Aufträgen gestärkt werden. Zudem sollte sich der Mindestlohn langfristig an relativen Größen orientieren, um immer Anschluss an die allgemeine Entwicklung zu halten. Die EU-Kommission etwa empfiehlt, den Mindestlohn bei mindestens 60 Prozent des mittleren Lohns anzusetzen.

### ► **Anhebung der Grundsicherung**

Egal, ob sie ALG II heißt oder Bürgergeld: Die Regelsätze der sozialen Grundsicherung müssen nach Analyse der Expertinnen so weit angehoben werden, dass sie Einkommensarmut tatsächlich verhindern. Ebenso wichtig sei eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge, etwa ein gutes, bezahlbares Angebot bei öffentlichem Personennahverkehr und in der Energie- und Wasserversorgung, zudem flächendeckend gute Bildungseinrichtungen.

### ► **In bezahlbares Wohnen investieren**

Bereits im Jahr 2018 gaben über zehn Prozent der Haushalte, die in Deutschlands Großstädten zur Miete lebten, mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Warmmiete aus. Fast die Hälfte musste dafür mindestens 30 Prozent aufwenden – ein Wert, der in Sozialforschung und Immobilienwirtschaft oft als Belastungsgrenze genannt wird. Aktuell dürfte die Zahl der Betroffenen noch deutlich höher liegen. Es bestehe ein großer Bedarf an der Förderung von bezahlbarem Wohnraum, so Spannagel und Zucco. Gleichzeitig sollten Wohnquartiere so gestaltet sein, dass sie gezielt eine heterogene Sozialstruktur fördern. „Auch das ist ein wichtiger Baustein, um einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.“

### ► **Vereinbarkeit erleichtern**

Wenn Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind, profitieren davon zwei Bevölkerungsgruppen ganz besonders: Familien mit nur einem Erwerbseinkommen sowie Alleinerziehende – beides Haushaltstypen, die überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie leichter Zugang zu verlässlicher, idealerweise kostenfreier Kinderbetreuung sind hierzu wichtige Schritte. Auch der Ausbau der Partnermonate beim Elterngeld und mehr Teilzeitmöglichkeiten für Väter könnten die Vereinbarkeit verbessern.

### ► **Gute Arbeit fördern**

Der Übergang von befristeten Stellen oder Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung müsse gezielt gefördert werden, fordern die WSI-Expertinnen. Die Weiterqualifizierung von Menschen an den Rändern des Arbeitsmarktes sei ein weiterer wichtiger Baustein. Auch in dieser Frage setze das geplante Bürgergeld-System der Bundesregierung die richtigen Schwerpunkte. <

Quelle: Dorothee Spannagel, Aline Zucco: Armut grenzt aus, WSI-Verteilungsbericht 2022, WSI-Report Nr. 79, Düsseldorf, November 2022

# Mehr grüner Wasserstoff nötig

Die Kapazitäten zur Erzeugung von grünem Wasserstoff müssen stärker ausgebaut werden als bislang geplant. Gerade wegen der Gasknappheit.

Die Nachfrage nach klimafreundlich erzeugtem Wasserstoff in Deutschland dürfte bis 2030 schneller wachsen als vielfach angenommen – auch, weil Erdgas infolge des Ukraine-Krieges teilweise ausfällt. Daher sollten bereits in den kommenden Jahren deutlich größere Kapazitäten zur grünen Wasserstoffproduktion im Inland geschaffen werden als bislang beabsichtigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie. Die Bundesregierung hat zwar im Koalitionsvertrag das Kapazitätsziel für die Wasserstoffelektrolyse auf zehn Gigawatt bis 2030 angehoben. Damit ließe sich pro Jahr rund eine Million Tonnen grüner Wasserstoff erzeugen. Notwendig wären jedoch deutlich größere Mengen, da allein für die Umstellung der aktuellen Stahlproduktion auf klimafreundliche Technik rund zwei Millionen Tonnen Wasserstoff pro Jahr erforderlich sind, so André Küster Simic, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Hamburg School of Business Administration sowie Unternehmensberater, und sein Mitarbeiter Janek Schönfeldt.

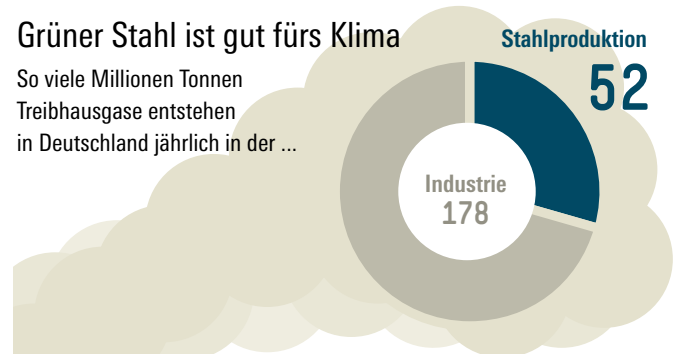
Die Forscher stützen ihre Untersuchung auf eine umfangreiche Literaturanalyse sowie Interviews mit 25 Fachleuten, überwiegend Praktikerinnen und Praktikern aus Stahlindustrie und Energieanlagenbau sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Dabei haben sie sowohl Vertreterinnen und Vertreter des Managements als auch der Beschäftigten befragt.

Importe aus sonnen- und windreichen Drittländern werden zwar künftig eine große Rolle bei der deutschen Wasserstoffversorgung spielen, vor allem kurz- und mittelfristig aber nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, erwarten Küster Simic und Schönfeldt. Zumal Wasserstoff in etlichen Industriebranchen wichtiger werde. Explodierende Preise und Knappheit bei Erdgas beschleunigten die Entwicklung. Außerdem sei die Verfügbarkeit von per Schiff über weite Strecken transportiertem Wasserstoff unsicher und in Deutschland erzeugter Wasserstoff vermutlich wettbewerbsfähig.

Dementsprechend muss die Erzeugung erneuerbarer Energie im Inland den Experten zufolge deutlich ausgebaut werden. Hier böte sich für deutsche Anlagenbauer, die Einrichtungen zur Elektrolyse herstellen, die Möglichkeit, sich über Referenzprojekte im Inland im internationalen Wettbewerb Vorteile zu verschaffen. Mit folgenden Mitteln könnte dies wirtschaftspolitisch gestützt werden: Unternehmen, die mit aufwendigen Investitionen auf umweltfreundliche wasserstoffbasierte Techniken umstellen, bräuchten Investitionshilfen, wofür es beispielsweise auf EU-Ebene erste geeignete Ansätze gebe. Entscheidend sei zudem die Etablierung von „grünen Leitmärkten“, etwa durch eine verlässliche Zertifizierung klimafreundlicher Produkte und einen Vorrang für solche Produkte bei der öffentlichen Beschaffung. Flankiert werden müsse der Umbau Richtung wasser-

## Grüner Stahl ist gut fürs Klima

So viele Millionen Tonnen Treibhausgase entstehen in Deutschland jährlich in der ...



Quelle: Umweltbundesamt, Wirtschaftsvereinigung Stahl 2022

Hans Böckler  
Stiftung

## GRÜNER STAHL

Anders als in traditionell betriebenen Hochöfen kommen bei der Stahlerzeugung mit Wasserstoff weder Kohle noch andere fossile Energieträger zum Einsatz. Bei der sogenannten Direktreduktion wird das Eisen nie flüssig, es wird stattdessen in einem Elektrolichtbogenofen zu Rohstahl veredelt. Dafür sind vollkommen neue Anlagen notwendig – und eine ausreichende Menge an Wasserstoff als Energieträger.

stoffgestützte Produktion durch einen wirksamen Schutz gegen Importe, die weiterhin klimaschädlich produziert werden. Die EU plant dazu einen sogenannten CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, dessen konkrete Ausgestaltung aber noch diskutiert wird.

Schließlich zeigt die Studie, dass die schrittweise Umstellung auf eine Produktion mit Wasserstoff in der Stahlindustrie in den kommenden zehn Jahren große Qualifizierungsanstrengungen erfordert und temporär zu einer etwas höheren Beschäftigung in der Branche führt. Denn für eine Übergangszeit bestehen neue und alte Techniken parallel, beispielsweise müssen Kokereien so lange weiterbetrieben werden, bis die komplette Produktion auf die wasserstoffbasierte Direktreduktion anstelle traditioneller Hochöfen umgestellt ist. Danach sinkt der Personalbedarf, was sich aber nach Erwartung der Autoren sozialverträglich dadurch regeln lässt, dass Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Für eine erfolgreiche Transformation sei es aber erforderlich, schreiben Küster Simic und Schönfeldt, neue Mitarbeitende in größerem Umfang zu gewinnen. Insgesamt komme „auch der betrieblichen Mitbestimmung eine große Rolle zu, den Transformationsprozess auf Betriebsebene aktiv zum Wohle der Mitarbeitenden zu gestalten“. Zudem sei es wichtig, dass die Montanmitbestimmung auch in wasserstoffbasierten Konzernen erhalten bleibe. <

Quelle: André Küster Simic, Janek Schönfeldt:  
H<sub>2</sub>-Transformation der Stahlindustrie und des Energieanlagenbaus,  
Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 260, November 2022

# Ungenutzte Talente

Junge Menschen, die einen Migrationshintergrund aufweisen und die Hauptschule besucht haben, sind häufig mit Vorurteilen konfrontiert. Das erschwert die Jobsuche.

Jugendliche mit Migrationshintergrund und Hauptschulabschluss werden bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz benachteiligt. Sie sind häufig mit Zweifeln an ihrer Eignung konfrontiert. Das hat dramatische Folgen für die Betroffenen selbst – ihr gesamter weiterer Lebensweg wird dadurch erschwert, dass sie nicht die gleichen Chancen erhalten wie andere. Auch aus unternehmerischer Sicht ist es – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels – ein Fehler, Bewerberinnen und Bewerber aufgrund ethnischer Zuschreibungen abzusagen. Die Fähigkeiten der Betroffenen sind nämlich häufig besser als ihr Ruf, zum Beispiel bezogen auf Sprachkenntnisse. Das zeigt eine Studie von Janina Söhn von der Universität Göttingen und Sophie Krug von Nidda von der Universität Paderborn, die die Hans-Böckler-Stiftung gefördert hat.

Die Forscherinnen haben untersucht, wie Entscheidungen zur Besetzung von Ausbildungsplätzen zustande kommen. Dazu haben sie zum einen Daten über Ausbildungsbetriebe sowie Bewerberinnen und Bewerber ausgewertet, die das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen erhoben hat. Zum anderen haben sie zehn Interviews mit Personalverantwortlichen in Betrieben aus dem Dienstleistungsbereich geführt. Diese Herangehensweise macht Entscheidungsprozesse transparent, die in vielen Betrieben in Deutschland ähnlich ablaufen dürften, auch wenn die Ergebnisse der Studie nicht repräsentativ sind.

Die Auswertung des quantitativen Datensatzes, der Informationen über mehrere hundert Bewerbungsprozesse der Jahre 2007 bis 2013 enthält, zeigt, dass Teampassung und Sprache bei der Auswahl besonders wichtig sind. Vor allem in Betrieben, die nach eigenen Angaben starken Wert darauf legen, dass Neue zum bestehenden Team passen, würden Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund und Hauptschulabschluss benachteiligt. In diesen Betrieben haben sie gegenüber Jugendlichen mit vergleichbarer Schulbildung, aber ohne Migrationshintergrund ein um durchschnittlich 24 Prozentpunkte erhöhtes Risiko, nicht angenommen zu werden. Diese „ethnische Differenz“ macht bei Jugendlichen, die sich bei anderen Firmen beworben haben, „nur“ 18 Prozentpunkte aus.

Interessanterweise zeigt sich bei Betrieben, denen sprachliche Kompetenzen wichtiger sind, ein anderes Bild: Bei diesen Firmen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund gegenüber Gleichaltrigen aus einheimischen Familien keine Nachteile. Das liegt möglicherweise daran, dass diese Unternehmen die sprachlichen Fähigkeiten der Bewerberinnen und Bewerber, die oft besser sind als angenommen, genauer überprüfen. Unternehmen, die sich diese Mühe nicht machen, bleiben dagegen eher Vorurteilen verhaftet.

Auch in den Interviews mit Personalverantwortlichen wird deutlich, dass die Herkunft im Auswahlverfahren eine Rolle spielt. Zwar betonen diese, dass alle Bewerberinnen und Bewerber gleichbehandelt würden. An verschiedenen Stellen werde jedoch deutlich, dass die Ethnizität sehr wohl

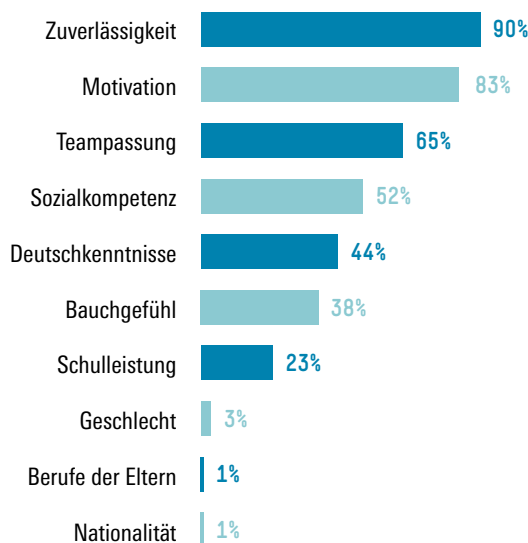
von Bedeutung ist, schreiben die Wissenschaftlerinnen. So äußert beispielsweise einer der Befragten: „Also, wo wir auch natürlich immer ein bisschen aufpassen müssen, ist, wenn wir zu viele Menschen einer Nationalität in einer Filiale haben, und die Filialleitung spricht die Landessprache nicht.“ Deutlich unterschieden werde zudem zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ihre gesamte Schulzeit in Deutschland verbracht haben, und denen, die erst vor kurzer Zeit ins Land gekommen sind.

Für Menschen, die eine Hauptschule besucht haben, ist die duale Ausbildung nahezu die einzige Möglichkeit, einen Berufsabschluss und damit die Basis für eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu erlangen. Gerade Betriebe, die noch keine Erfahrungen mit Auszubildenden mit Migrationshintergrund haben, sollten die Ergebnisse neuerer

Studien dazu ermutigen, sie einzustellen, so Söhn und Krug von Nidda. Firmen, die bereits Jugendliche aus Zuwandererfamilien ausgebildet haben, beurteilten diese Erfahrung meistens positiv. Sie stellten nur sehr selten Probleme mit der deutschen Sprache fest. Wer für die Einstellung von Auszubildenden verantwortlich sei, solle sich die Grundlagen der eigenen Entscheidung bewusst machen beziehungsweise auf „strukturelle, nicht intendierte Ausschlussprozesse im Auswahlverfahren“ achten. <

## Zuverlässigkeit ist gefragt

Von den Personalverantwortlichen halten bei der Auswahl von Auszubildenden für sehr wichtig ...



Quelle: Krug von Nidda, Söhn 2022

Hans Böckler  
Stiftung

Quelle: Sophie Krug von Nidda, Janina Söhn: Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 258, Oktober 2022

# IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung  
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,  
Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei

[www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.  
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns  
eine E-Mail an [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de)

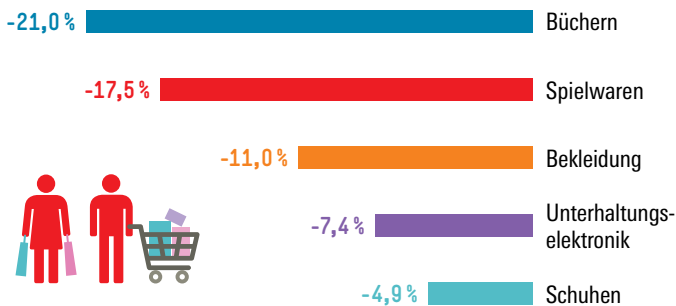
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:  
[www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm](http://www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm)

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung  
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:  
[https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO\\_Printmedien\\_Presse.pdf](https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf)

## EINZELHANDEL

### Verkauf in Innenstädten bricht ein

So entwickelte sich 2022 im Vergleich zu 2019\* der  
Umsatz im stationären Einzelhandel mit ...



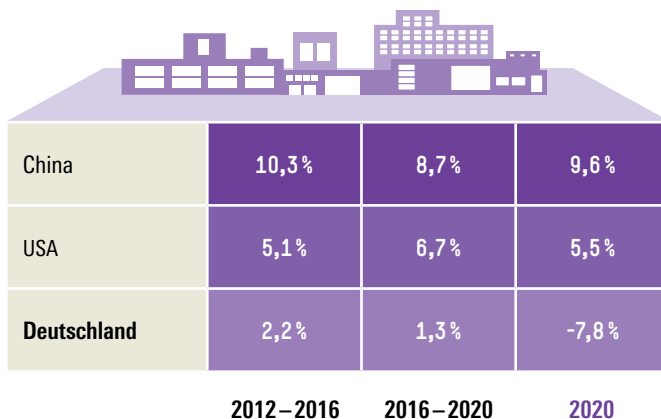
\* jeweils von Januar bis September

Quelle: Destatis, November 2022

## VOLKSWIRTSCHAFT

### Deutschland spart bei der Innovation

So entwickelten sich die Ausgaben für Forschung und  
Entwicklung pro Jahr im Schnitt in ...

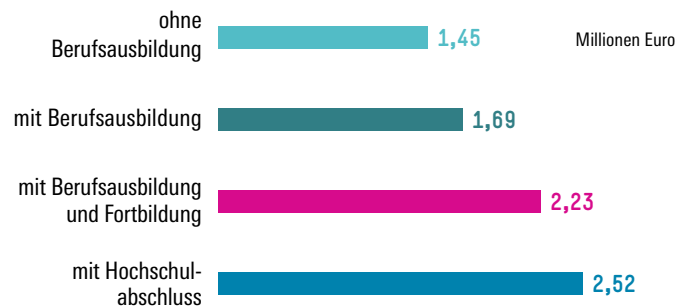


Quelle: DIW, November 2022

## EINKOMMEN

### Auch ohne Studium kann man viel verdienen

Das durchschnittliche Brutto-Lebensentgelt beträgt ...

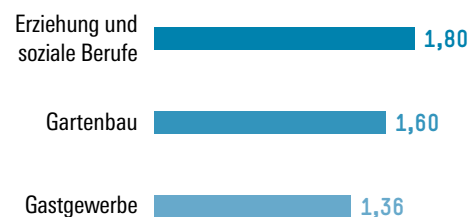


So hoch ist es bei Personen mit ...

#### Berufsausbildung und Fortbildung, die arbeiten im Bereich ...



#### Hochschulabschluss, die arbeiten im Bereich ...



Quelle: IAB, Oktober 2022